



Gemeinsam auf dem Weg zum gerechten Frieden

|| Eine Friedenserklärung

von Studierenden der
Universität Hamburg

Vorwort

Die Delegierten der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) haben 2006 beschlossen, den Abschluss der „Dekade zur Überwindung von Gewalt. 2001–2010“ mit einer *Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation* 2011 zu begehen. Das ist einerseits der Höhepunkt einer 10-jährigen gemeinsamen Lern-Reise, nicht nur der Mitgliedskirchen des ÖRK; andererseits soll die Friedenskonvokation auch Impulse für die nächsten Schritte geben.

Auf dem Weg dorthin soll eine *Ökumenische Erklärung zum Gerechten Frieden* erarbeitet werden, die während der Friedenskonvokation in ihrer endgültigen Form verabschiedet wird. Dies setzt einen partizipatorischen Prozess voraus, der vielen Menschen die Möglichkeit gibt, sich an der Erarbeitung einer solchen Erklärung zu beteiligen.

Im Frühjahr 2007 erging ein Einladungsbrief des ÖRK an Universitäten, Theologische Fakultäten und *Seminaries* überall auf der Welt, sich an diesem Prozess in Form von Lehrveranstaltungen zu beteiligen. Dabei sollen nicht nur Inhalte vermittelt werden, sondern die Studierenden sind eingeladen und aufgefordert, tatsächlich ihre eigene Friedenserklärung zu erarbeiten. In der Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen der Universität Hamburg und der Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche waren wir uns rasch einig: gemeinsam wollten wir uns auf dieses Abenteuer eines lernenden Schreibens im Gruppenprozess einlassen.

Das Projekt wurde auf zwei Semester angelegt: im Wintersemester 2007/08 konzentrierten wir uns auf den deutschen Kontext, beginnend mit der Analyse der Barmer Theologischen Erklärung von 1934. Die von der friedentheologischen Diskussion stark motivierte Gründung des ÖRK 1948 und die Stuttgarter Schulderklärung der Evangelischen Kirchen in Deutschland bildeten den historisch-politischen Ausgangspunkt weiterer Untersuchungen: wir lasen und diskutierten die Friedensdenkschriften der EKD, beginnend mit den Heidelberger Thesen 1959 bis hin zur neuesten Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, die im Laufe unseres ersten Semesters erschien. Für die ökumenische Dimension der Unternehmung war es unerlässlich, Dokumente aus anderen Konfessionen hinzuzuziehen: aus der Römisch-katholischen Kirche, der Evangelisch-methodistischen Kirche sowie den Historischen Friedenskirchen. Mehrere Sitzungen wurden den theologischen und ethischen Voraussetzungen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Ost- und in Westdeutschland und vor allem der Ökumenischen Versammlung in der ehemaligen DDR gewidmet, sowie deren politischen Implikationen und gesellschaftlichen Einflüsse, bis hin zur Wende 1989.

Mit diesem Wissen ausgestattet konnten wir im Sommersemester 2008 – je mit Hilfe von zusätzlichen Experten und Expertinnen – gezielt „Tiefenbohrungen“ zu einigen der gegenwärtigen, globalen Herausforderungen vornehmen, die in einer Friedenserklärung im 21. Jahrhundert nicht fehlen dürfen: interreligiöse Beziehungen, die wirtschaftliche Globalisierung, auch die davon stark beeinflussten „Neuen Kriege“. Ebenso erforschten wir Strategien zur Gewaltüberwindung, wie die pazifizierende Funktion des Rechts und neuere Verständnisse einer restaurativen Gerechtigkeit, das Konzept „Verantwortung zur Schutzpflicht“ oder Initiativen zur Bildung einer Kultur der Gewaltfreiheit. Uns wurde bewusst, wie stark die Beurteilung der verschiedenen Dimensionen von Gewalt und ihrer Überwindungsversuche vom eigenen Standpunkt abhängig ist: vom Kontext, von der religiösen Sozialisation, vom Bildungsstand, von theologischen Positionen, aber auch von Vorurteilen, die erst im Dialog erkennbar werden.

In dem begleitenden Tutorium wurden dann die jeweils neu gewonnenen Erkenntnisse in einen gemeinsamen Text überführt. Das war kein leichtes Unterfangen, wie wir schnell feststellten. Offen gebliebene Fragen mussten weiter diskutiert, Meinungsverschiedenheiten argumentativ ausgetragen bzw.

ausgehalten werden. Erst dann konnten wir damit beginnen, einen Text zu formulieren. Sowohl das Seminar als auch das Tutorium waren von einer Atmosphäre gegenseitiger Wertschätzung und Akzeptanz geprägt, was den Teilnehmenden ermöglichte, sehr ehrlich miteinander ins Gespräch zu kommen.

Am Ende wurden es viele zusätzliche Sitzungen, zu denen die Studierenden freiwillig bereit waren – weit über die geforderte Pflichtstundenzahl hinaus. In der Tat ein Lernabenteuer für uns alle. Zusätzliche Motivation erfuhren wir durch die Einladung, unser Projekt dem internationalen *Team-Visit* des ÖRK am Ende unseres Sommersemesters vorzustellen (im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt entsendet der ÖRK international zusammengesetzte Teams in die verschiedenen Regionen der Welt, um sich vor Ort über die Gewalt und deren Überwindungsversuche ein Bild zu verschaffen).

Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, dass wir nun diese kleine Schrift als „unsere“ Erklärung zum Gerechten Frieden der internationalen Ökumene präsentieren können. Sie dient der Selbstvergewisserung und als Diskussionsbeitrag für weitere Begegnungen mit Anderen. Besonders bedanken wir uns bei Mareile Rösner (Tutorin) und Stephan von Twardowski (wissenschaftlicher Mitarbeiter), die mit großem Fleiß und Geduld das Projekt unermüdlich vorangetrieben haben. Joachim Wöbke ist für die Übersetzungsarbeit ins Englische zu danken, den eingeladenen Fachleuten für die Bereitschaft, uns mit ihren überaus hilfreichen und weiterführenden Informationen, Erfahrungen und eigenen Thesen weiter zu helfen.

Möge unser Ergebnis junge und alte Menschen, Männer und Frauen zu eigenen Lern-Reisen ermutigen, ihre je eigenen Friedenstexte zu schreiben und zu diskutieren. Dadurch können neue ökumenische Horizonte eröffnet werden, die zur Bildung einer Kultur der Gewaltüberwindung beitragen – entsprechend der neutestamentlichen Berufung, Friedenstifter zu sein. Uns alle hat dieses Projekt nicht unverändert gelassen und ist auch ganz sicher nicht unser letztes Wort in dieser Sache.

*Dr. Fernando Enns
Arbeitsstelle Theologie der
Friedenskirchen
Fachbereich Evangelische Theologie
Universität Hamburg*

*Dr. Marianne Subklew
Arbeitsstelle Gewalt überwinden
Nordelbische Ev.-Lutherische
Kirche*

Gemeinsam auf dem Weg zum gerechten Frieden

Präambel

Diese Friedenserklärung ist in einem ökumenewissenschaftlichen Seminar der *Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen der Universität Hamburg* in Zusammenarbeit mit der *Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche* im Wintersemester 2007/2008 und im Sommersemester 2008 entstanden. Das Seminar folgte damit einer Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Rahmen der *Dekade zur Überwindung von Gewalt. 2001–2010: Kirchen für Frieden und Versöhnung*, an der Erarbeitung einer ökumenischen Friedenserklärung mitzuwirken. Mit diesem Beitrag wollen wir den Weg des gerechten Friedens mitgehen.

Als theologisches Seminar setzen wir uns – ausgehend von den Fragen und Herausforderungen der Gegenwart – mit der christlichen Botschaft und Tradition auseinander. Hierzu gehört für uns der historisch-kritische Umgang mit der Bibel als Grundlage unserer Argumentation, sowie die kritische Rezeption verschiedener christlicher Traditionen. Nach christlichem Selbstverständnis orientieren wir uns an dem durch die Thora geprägten Doppelgebot der Liebe (Dtn 6,4f.; Lev 19,18; Mk 12,29–31¹). Das Gebot der Liebe zu dem Einen Gott und der Liebe zum Nächsten erkennen wir auch in anderen Religionen.² Wir sind uns bewusst, dass manchen Menschen Glaubensaussagen und christliche Standpunkte fremd erscheinen und sie sich ausgeschlossen fühlen könnten. Diese Friedenserklärung

¹ Wenn nicht anders angegeben, verwenden wir die Übersetzung der *Zürcher Bibel* (2007). Dtn 6,4f.: „Höre Israel: Der HERR, unser Gott, ist der Eine HERR. Und du sollst den HERRN, deinen Gott, lieben, von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit deiner ganzen Kraft.“; Lev 19,18: „Du sollst nicht Rache üben an den Angehörigen deines Volks und ihnen nichts nachtragen, sondern du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der HERR.“; Mk 12,29–31: „Jesus antwortete: Das erste ist: Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist allein Herr, und du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Verstand und mit all deiner Kraft. Das zweite ist dieses: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Höher als diese beiden steht kein anderes Gebot.“

² Am 11. Oktober 2007 schrieben 138 muslimische Gelehrte einen offenen Brief an die ganze Christenheit, der die gemeinsame friedliche Zukunft als Voraussetzung des Überlebens der Menschheit thematisiert. Dieser Brief ist in englischer und deutscher Fassung im Internet zugänglich unter: www.acommonword.org.

lädt alle zu kritischer Auseinandersetzung, Reflexion und zu eigenem Weiterdenken ein und möchte zum Dialog anregen. Der Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit ist Aufgabe eines jeden Menschen.

Unser Verständnis von *Frieden* gründet im biblischen Schalom. Schalom bedeutet mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Schalom ist das gemeinschaftliche Leben in gerechten Beziehungen und steht für Ganzsein, Heilsein und Wohlsein. Auf diesen Frieden Gottes hoffen wir, nach diesem Frieden Gottes streben wir. Wir glauben, dass Gott diesen Frieden in der Welt will und alle Menschen zur Mitwirkung befähigt und ruft.

Frieden und *Gerechtigkeit* gehören zusammen und sind laut biblischen Zeugnissen von Gott verheißen: „*Und das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit für immer*“ (Jes 32,17)³. Das biblische Verständnis von Gerechtigkeit meint nicht neutrales Urteilen, sondern Parteinahme für die Armen, Recht für die Entrechteten und Zurechtbringen derer, die Schuld auf sich geladen haben. Gerechtigkeit ist die Heilung zerbrochener Beziehungen und die Wiederherstellung gerechter Verhältnisse. Deshalb sind Barmherzigkeit und Wahrheit elementare Bestandteile dieser Gerechtigkeit Gottes. In diesem Sinne werden wir ausgerichtet auf einen „gerechten Frieden“.

Das Erkennen und Bekennen von persönlicher und gesellschaftlicher *Schuld* ist für einen gerechten Frieden unabdingbar. Wir müssen erkennen und eingestehen, dass wir in unserer Welt an Menschen und Schöpfung schuldig werden, indem wir handeln, aber auch, indem wir Handlungen unterlassen. Dieses Wissen befreit uns nicht von der Verantwortung für unser Tun.

Weil Gott uns auch als Schuldige liebt und uns vergibt, können wir untereinander *Vergebung* üben. Vergeben zu können und Vergebung zu erfahren, gibt uns Hoffnung darauf, dass wir den Weg des gerechten Friedens gehen können.

„*Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig geringer gemacht als Gott, mit Ehre und Hoheit hast du ihn gekrönt. Du hast ihn zum Herrscher*

³ Im Zusammenhang der *Hebräischen Bibel* beschreibt dies einen Prozess, der dem Volk Israel verheißen wird, wenn der Geist aus der Höhe im endzeitlichen Geschehen über ihm ausgegossen wird. Recht und Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für den umfassenden Schalom, der Natur und Menschen erfasst. Wenn wir uns als Christinnen und Christen an dieser Verheißung orientieren, schließen wir das Volk Israel ein.

gesetzt über die Werke deiner Hände, alles hast du ihm unter die Füße gelegt“ (Ps 8,5–7). Wir Menschen tragen Verantwortung für diese Welt. Die Menschheit missbraucht ihre Macht oft im Sinne eines gewalttätigen, absoluten Herrschaftsanspruches. Verantwortung nimmt den Menschen aber vielmehr in die Pflicht, fürsorglich mit dieser Welt umzugehen, denn diese Verantwortung setzt einer gewaltvollen Machtausübung Grenzen. Diese Grenzen schließen Ausbeutung und Missbrauch von Mitmenschen, Mitgeschöpfen, Ressourcen und der Natur aus. Die Pflicht, verantwortlich zu handeln zum Wohl eines jeden Menschen und der gesamten Schöpfung, haben sowohl jede und jeder Einzelne als auch die Gesellschaft als Ganzes.

Die Selbstverpflichtungen am Ende einer jeden These sind daher für uns ein Schritt, auch persönlich Verantwortung zu übernehmen. In dieser Verantwortung werden wir getragen durch das Wort Jesu aus der Bergpredigt: *„Selig die Gewaltlosen – sie werden das Land erben. Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit – sie werden gesättigt werden. Selig, die Frieden stiften – sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden“ (Mt 5,5–6.9).*

Gemeinsam auf dem Weg – für ein gerechtes Leben in Solidarität, Freiheit und Gleichheit

„Und Gott schuf den Menschen als sein Bild, als Bild Gottes schuf er ihn; als Mann und Frau schuf er sie“ (Gen 1,27).

Jesus Christus spricht: *„Und du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Verstand und mit all deiner Kraft“ (Mk 12,30–31).*

Wir erkennen, dass die Achtung der Würde vieler Menschen und damit verbunden auch die menschliche Sicherheit und Solidarität in unserer Gesellschaft gefährdet sind.

Dies geschieht unserer Auffassung nach u. a. durch:

- den oft nicht hinterfragten Glauben an eine weitgehende Selbstregulierung des Marktes, welche die Menschen auf ihre Rolle als Marktteilnehmende und Konsumenten reduziert und Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit eines größer werdenden Teils unserer Gesellschaft zur Folge hat,

- die steigenden Rüstungsausgaben, den auch von Deutschland massiv betriebenen Waffenexport und die damit ermöglichten nationalen und internationalen kriegerischen Auseinandersetzungen,
- die vielerorts unzulängliche Anerkennung und Integration von Zuwanderern, von Menschen mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingen aus anderen Ländern,
- die Stigmatisierung und Terrorverdächtigung von Menschen anderer Herkunft und Religionszugehörigkeit,
- die sich ausweitenden staatlichen Kontroll- und Überwachungsmechanismen,
- den unverhältnismäßigen Einsatz staatlicher Gewalt,
- den latent vorhandenen Rassismus und die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts in Teilen unserer Gesellschaft,
- die Billigung und Ausübung von Gewalt durch extremistische Gruppierungen,
- die vielerorts wachzunehmende mangelnde gesellschaftliche Anerkennung und Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Wir bekennen, dass auch wir in unserem täglichen Leben auf aktive und passive Weise die Würde unserer Mitmenschen missachten und damit die Liebe zu Gott verweigern.

Wir glauben, dass Gott, Schöpfer und Bewahrer der Welt, jeden Menschen nach seinem Bilde geschaffen hat. In ihrer von Gott geschaffenen Vielfalt sind alle Menschen vor ihrem Schöpfer gleich, unabhängig von ihrer ethnischen, nationalen oder sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Religion, ihrer kulturellen Prägung, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer politischen oder sonstigen Überzeugung. Als Ebenbild Gottes wohnt jedem Menschen eine unantastbare und unverlierbare Würde inne.

Wir glauben, dass Gott im Geschehen der Rechtfertigung jedes Leben bejaht. Daher ist eine Reduzierung des Menschen auf seine Taten unmöglich (Röm 3,28⁴). Die Trennung von Person und Tat in der bedingungslosen Rechtfertigung durch Gottes Gnade verdeutlicht die einem jeden Menschen innewohnende Würde. Diese Würde stattet alle Menschen mit gleichen und unveräußerlichen Rechten aus, welche die Grundlage der Freiheit, der

⁴ Röm 3,28: „Denn wir halten fest: Gerech wird ein Mensch durch den Glauben, unabhängig von den Taten, die das Gesetz fordert.“

Gerechtigkeit und des Friedens bilden. Gottes Liebe befreit uns zu friedenschaffendem Handeln.

Der Glaube an den Einen Gott und das Evangelium Jesu Christi stellen uns in eine verantwortliche Beziehung zu unseren Mitmenschen, unseren Nächsten und unseren Feinden. Dem Einen Gott entspricht Eine Schöpfung, Eine Welt, Eine Menschheit, die in aller Vielfalt Anteil hat an der Einheit und Einzigkeit des Lebens.

Wir verpflichten uns, in der von Gott geschenkten Freiheit in unserem Umfeld, in unseren Gemeinschaften und überall dort, wo wir Anderen begegnen, die Liebe zu Gott und zueinander zu üben.⁵ Wir wollen Ausgrenzung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit durchbrechen und bereits im Kleinen an der kreativen Gestaltung einer freien, gerechten und vielfältigen Gesellschaft mitwirken, in der jeder und jede Einzelne ein Leben in Fülle erfahren kann.

Wir verpflichten uns, auf aktive Weise für *menschliche* Sicherheit (im Gegensatz zu einer rein nationalen oder militärischen) dort einzutreten, wo staatliche Maßnahmen Menschengruppen und Einzelne pauschal verdächtigen, stigmatisieren und ausgrenzen und somit die allen Menschen zustehenden Freiheitsrechte einschränken.

Wir verpflichten uns, der Auffassung entgegenzutreten, dass menschliche Sicherheit und die Anerkennung der menschlichen Würde durch irgendeine Form von Gewalt – physischer, psychischer oder struktureller Art – wiederhergestellt werden kann.

Wir verpflichten uns, die für die internationalen Beziehungen zuständigen Personen unseres Landes aufzufordern, bei internationalen Gesprächen und Verhandlungen nachdrücklich für die vollständige Abschaffung der Todesstrafe und Folter jeglicher Art einzutreten und jeder aufweichenden Definition von Folter entschieden entgegenzutreten.

Wir verpflichten uns, auch in unserem persönlichen Bereich in Solidarität mit von Bedrohung, Ausgrenzung und Not gefährdeten Menschen zu leben und mit ihnen den Dialog und eine gemeinschaftliche Lebensgestaltung zu suchen.

⁵ Gal 5,1: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit! Steht also fest und lasst euch nicht wieder in das Joch der Knechtschaft einspannen.“

Gemeinsam auf dem Weg – erinnern, heilen und versöhnte Zukunft gestalten

„Denn ich bin gewiss: Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich, indem er den Menschen ihre Verfehlungen nicht anrechnete und unter uns das Wort von der Versöhnung aufgerichtet hat“ (2 Kor 5,19).

Wir erkennen, dass wir auch als Glieder der Kirche in einer Geschichte der Billigung und Ausübung von Gewalt stehen, die unzählige Menschen zu Opfern gemacht hat. Die Folgen tragen wir alle als Nachkommen der Opfer und der Täter, in persönlicher Trauer, in vielerlei Erfahrung von Verlust, Ausgrenzung und Not; die Verantwortung für das Geschehene prägt unser Leben und auch das Leben nachfolgender Generationen.

Im *deutschen* Kontext gilt dies vor allem für die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Leiden vieler Völker und insbesondere für die Schoah. Zur jüngeren Vergangenheit gehört das am eigenen Volk verübte Unrecht, das von der Parteiführung in der ehemaligen DDR ausging und in das viele Bürgerinnen und Bürger verstrickt waren.

Im *globalen* Kontext existieren ebenfalls historisch gewachsene und tradierte Formen der Gewalt. Bis heute sind wir in manche dieser Formen gedankenlos gefangen, und es fällt uns schwer, ihre Auswirkungen wahrzunehmen und unser Verhalten zu ändern. Dies erkennen wir etwa in der ökonomischen Fortführung kolonialistischer Abhängigkeiten (z. B. der Ausbeutung von Menschen und mangelhaften Standards bei der Produktion in Billiglohnländern) und den daraus resultierenden Fehlentwicklungen der Globalisierung.

Wir glauben, dass Gott Unrecht sieht, es den Menschen vor Augen führt und nicht dem Vergessen überlässt. Er ruft uns zur Umkehr und Neuausrichtung (Mk 1,15⁶). Wir vertrauen auf die Gerechtigkeit und Barmherzigkeit Gottes und wollen auf das Wort von der Versöhnung hören, das uns offene und verborgene Gewalt erkennen lässt und uns die Kraft schenkt, ihr zu widerstehen und sie zu überwinden.

Wir verpflichten uns daher in der Nachfolge Christi, an der Überwindung von Unrecht mitzuwirken und für einen gerechten Frieden einzutreten. Da-

⁶ Mk 1,15: „Erfüllt ist die Zeit, und nahe gekommen ist das Reich Gottes. Kehrt um und glaubt an das Evangelium!“

bei müssen wir uns der Verantwortung für die Schuld der Vergangenheit stellen, um neue Wege in einem Geist der Versöhnung gehen zu können. Wir widersprechen dem Geist der Anpassung an bestehende Rechtfertigung und Ausübung von Gewalt und der Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen früher geschehenen Unrechts.

Wir verpflichten uns, auch in unserem persönlichen Bereich die Ereignisse der deutschen Vergangenheit nicht zu vergessen, die Erinnerung wach zu halten und eine mündige und kritische Auseinandersetzung zu fördern, um jegliches Aufkommen von menschenverachtendem Gedankengut zu verhindern.

Gemeinsam auf dem Weg – Kirche sein für eine gerechte und friedliche Gesellschaft

„Jedermann ordne sich den staatlichen Behörden unter, die Macht über ihn haben. Denn es gibt keine staatliche Behörde, die nicht von Gott gegeben wäre ... Denn Gottes Dienerin ist sie, zu deinem Besten. Tust du jedoch das Böse, dann fürchte dich! Denn nicht umsonst trägt sie das Schwert ... Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid: Steuern, wem ihr Steuern schuldet, Zoll, wem ihr Zoll schuldet, Respekt, wem ihr Respekt schuldet, Ehre, wem ihr Ehre schuldet“ (Röm 13, 1–7).⁷

Wir erkennen, dass der Staat eine das Gemeinwesen ordnende, Macht begrenzende Funktion hat. Sein Auftrag ist es, Raum zu schaffen für einen jeden und eine jede zum gewaltfreien, gerechten und partizipatorischen Leben in der Gesellschaft.

In einem demokratischen Rechtsstaat sind Recht und Gesetz an Gerechtigkeit orientiert, um deren Verwirklichung sich *alle* Menschen in einem ständigen Diskurs bemühen müssen. Nach E.-W. Böckenförde lebt der „freiheitliche, säkularisierte Staat (...) von Voraussetzungen, die er selbst

⁷ Diese Textstelle ist in der Geschichte des Christentums häufig als theologische Legitimierung für jede Form der Herrschaftsausübung durch staatliche Macht bis hin zur Vergötterung von Herrschaftsstrukturen herangezogen worden. Diese Auslegung widerspricht jedoch der eigentlichen Intention des Textes, in dem es lediglich um die ordnende und friedensstiftende Funktion staatlicher Behörden geht.

nicht garantieren kann“.⁸ Die Durchsetzung eines an Gerechtigkeit orientierten Rechts ist Voraussetzung dafür, dass Menschen sich im Gemeinwesen des Staates sicher fühlen können. Eine solche Rechtssicherheit dient zuerst dem Schutz der Schwachen und Verwundbarsten und macht die Aufrechterhaltung des Rechts notwendig und glaubwürdig.

Wir erkennen, dass in dem Gewaltmonopol einer Regierung die Gefahr des Missbrauchs liegt, dem in einem demokratischen Rechtsstaat durch die Gewaltenteilung vorgebeugt wird. In der Geschichte Deutschlands ist der Machtmissbrauch sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der ehemaligen DDR zur Realität geworden, indem die jeweiligen Regierungen das Recht nicht nach Gerechtigkeit, sondern auf Machterhalt ausrichteten, das Gesetz beugten und Unrecht an die Stelle von Recht setzten. Viele Christinnen und Christen, insbesondere Kirchenleitungen, haben zum Unrecht in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur geschwiegen oder diese auch um ihres eigenen Vorteils willen unterstützt. Sie legitimierten die Herrschaft und ihr Tun sogar theologisch und rechtfertigten damit die nationalsozialistische Ideologie einer rassistisch definierten Volksgemeinschaft.

Der Mut von Christinnen und Christen, die bereit waren, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und in der ehemaligen DDR im Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen und erhebliche Risiken bis hin zum Einsatz ihres Lebens einzugehen, ruft auch uns heute zu einem klaren Bekenntnis auf, besonders dort, wo der Staat seine begrenzenden und begrenzten Funktionen überschreitet.

Wir erkennen, dass Staat und Kirche zwei unterschiedliche Mandate in der Gesellschaft haben. Das Mandat des Staates ist primär ein politisches, nicht ohne ethische Verantwortung, das der Kirche primär ein ethisches, nicht ohne politische Verantwortung. Die Kirche muss den politischen Auftrag des Staates respektieren. Gleichwohl muss sie ihrem ethischen Auftrag nachkommen und die Institution und das Handeln des Staates an dessen ursprünglichem Auftrag messen. Dabei muss sie in ihrem Urteil und in ihren Strukturen vom Staat unabhängig sein. Eine klare Trennung von Staat

⁸ *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 914, Frankfurt am Main 1991, 112.

und Kirche ist notwendig, damit sie sich gegenseitig auf ihre Aufgaben und Grenzen hinweisen können – zum Wohle der Gesellschaft.

Wir glauben, dass uns als Kirche, als Gemeinschaft aller Gläubigen, ein prophetisches Amt aufgetragen ist und wir gegenüber dem Staat unsere Stimme klar erheben müssen, wenn er seinen Auftrag nicht erfüllt und seine Grenzen überschreitet. Das Mandat der Kirche beinhaltet ein Wächteramt gegenüber dem Staat,⁹ das sie dazu anhält, das Zusammenleben *aller* Menschen beständig zu reflektieren und neu auszurichten, für die Menschenwürde einzutreten und das Handeln der Staatsorgane kritisch-solidarisch zu begleiten. Die Kirche muss Anwältin für die Schwachen sein, Stimme für die Stimmlosen und sie muss das Recht derer aktiv vertreten, denen elementare Menschenrechte verweigert werden.

Wir verpflichten uns, politische Ereignisse und Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und diesen Staat mündig und aktiv mit zu gestalten. Dazu gehört, dem Staat erinnernd, mahnend und kritisch Grenzen aufzuzeigen, ungerechtem Handeln zu widerstehen, auf Lösungsmöglichkeiten im Sinne des Evangeliums hinzuweisen und Alternativen zu bieten, um ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit zu fördern.

Gemeinsam auf dem Weg – Globalisierung gerecht gestalten

„Dies aber ist ein Fasten, an dem ich Gefallen habe: Lass los, die du mit Unrecht gebunden hast, lass ledig, auf die du das Joch gelegt hast! Gib frei, die du bedrückst, rei jedes Joch weg! Brich mit dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt

⁹ Vgl. These V der Barmer Theologischen Erklärung: „*Fürchtet Gott, ehret den König*‘ (1 Petr 2,17). Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“ (www.reformatio.de/bekenntnisse/BarmerTheologischeErklaerung.pdf)

siehst, so kleide ihn, und entzieh dich nicht deinem Fleisch und Blut!“ (Jes 58,6f).¹⁰

„Ich bin der HERR, dein Gott, der dich herausgeführt hat aus dem Land Ägypten, aus einem Sklavenhaus. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir“ (Ex 20,2f).

Die Zeit, in der wir leben, wird in der Regel mit dem Begriff ‚Globalisierung‘ charakterisiert. Globalisierung beschreibt einen mehrdimensionalen Prozess. Sie umfasst: die *technologische Dimension*, mittels derer Kommunikation weltweit möglich wurde und welche ständig ausgebaut wird, die *politischen Entwicklungen*, die die Voraussetzungen für ein weltweit vernetztes Handeln bilden, *soziokulturelle Verschiebungen* vom Lokalen zum Globalen und die damit einhergehende zunehmende Fremdbestimmung und schließlich die *ökonomische Dimension*. Wirtschaftliche Globalisierung ist das Ergebnis von politischen Entscheidungen mit dem Ziel, marktwirtschaftliche Prinzipien wie Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung weltweit durchzusetzen.

Wir erkennen, dass die einseitige Verfolgung dieser marktwirtschaftlichen Prinzipien ungerechte Strukturen entstehen lässt und verschärft. Insbesondere wirtschaftlich schwächere Länder können dem Wettbewerb des Marktes so nicht standhalten, aber auch in den wirtschaftlich stärkeren Ländern geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Wir erkennen, dass die Logik des Kapitalmarktes zum alles entscheidenden Fundament gesellschaftlicher und internationaler Beziehungen erklärt wird. Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung hat sich zudem neben der Realwirtschaft ein Finanzmarkt herausgebildet, der unabhängig von produktiven Leistungen der Wirtschaft ausschließlich auf Kapitalpekulationen fußt, wodurch die Wirtschaft und damit die Lebensgrundlage vieler Länder und Menschen stark geschädigt wird.

Wir erkennen, dass das heutige weltwirtschaftliche System *strukturelle* Gewalt ausübt, wodurch Menschen und Tiere geschädigt werden und die Umwelt zerstört wird. Dieses System führt auch zu direkter, bisweilen zum Einsatz militärischer Gewalt, um wirtschaftliche Macht durch Kontrolle über die natürlichen Ressourcen zu erlangen. Letztlich ist das Streben nach

¹⁰ Hier nach der Übersetzung von Martin Luther (1984).

Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen auch ein Grund für die explodierenden Rüstungsausgaben der Industrieländer und für die „neuen Kriege“ in wirtschaftlich ärmeren Ländern.

Wir erkennen, dass die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung Resignation in uns hervorrufen. Oftmals wird die Frage nach Alternativen zu dem scheinbar unausweichlichen und determinierten Weg der einseitigen Globalisierung im Keim erstickt.

Wir glauben, dass Gott ein Gott des Friedens und der Gerechtigkeit ist, der aus der Sklaverei ungerechter Strukturen befreien will. Das Leben Jesu Christi und die Verkündigung des Reiches Gottes zeugen davon, dass Gott auf der Seite der Armen, Entrechteten, Ausgegrenzten und Unterdrückten steht. Er fordert uns auf umzukehren, ungerechte und gewaltsame Strukturen aufzudecken und nach neuen Formen gemeinschaftlichen Lebens zu suchen, die das Kapital nicht zum alleinigen und absoluten Maßstab machen.

Wir glauben, dass eine andere Welt möglich ist, die von gerechten Strukturen und Leben in Fülle für *alle* geprägt ist, wenn wir uns als *eine* Welt begreifen. Dabei wollen wir dem ersten Gebot Folge leisten, indem wir keinen Götzen, sondern allein Gott dienen (Ex 20,2f).

Wir verpflichten uns, unsere Lebensweise zu hinterfragen und zu verändern. Wir wollen gemeinschaftliches Leben mitgestalten, das auf gerechten Beziehungen gründet und im Schalom Gottes ruht. Dies ruft uns dazu auf, aktiv zu werden und nach unseren Möglichkeiten auf eine alternative Form der Globalisierung hinzuwirken.

Wir verpflichten uns, im Rahmen von Kirchengemeinden, Netzwerken oder Initiativen nach politischen und durch unser Kaufverhalten auch wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten zu suchen. Damit zielen wir auf ein gemeinschaftliches Leben in einer gerechten Welt, das die Teilhabe und Partizipation *aller* ermöglicht.

Gemeinsam auf dem Weg –
verantwortlich leben in einer gefährdeten Umwelt

„Und Gott segnete sie und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehrt euch und füllt die Erde und macht sie unertan, und herrscht über die

Fische des Meers und über die Vögel des Himmels und alle Tiere, die sich auf der Erde regen“ (Gen 1,28).

Wir erkennen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, dass der Mensch einen großen Teil der Schöpfung unwiederbringlich zerstört hat. Fast täglich weisen neue wissenschaftliche Studien nach, dass der Klimawandel durch menschliches Handeln stark beeinflusst wird und dass mit der vom Menschen verursachten Erderwärmung Lebensgrundlagen auf das Äußerste bedroht sind. „Es gibt keine wissenschaftliche Arbeit, die zeigen würde, dass ein anderer Faktor als vom Menschen verursachte Emissionen für die Erderwärmung verantwortlich ist“, erklärt Martin Claussen, Meteorologe von der Universität Hamburg.¹¹ Die Menschen drängen die Natur überall zum Rückzug, jeden Tag werden viele Tier- und Pflanzenarten durch menschliches Verschulden geschädigt und ausgerottet. Umweltzerstörung führt damit auch zu Leid und Tod unserer Mitgeschöpfe.

Wir erkennen, dass veränderte Ernährungsgewohnheiten eine erhöhte Nachfrage nach Fleisch erzeugt haben, die durch eine maßlose industrielle, artwidrige Tierhaltung erfüllt wird. Die dafür erforderliche Futtermittelproduktion entzieht vor allem in Armut lebenden Menschen Anbauflächen für ihre Nahrung, schädigt Gewässer und Grundwasser, vergrößert Seuchengefahr und den Hunger in der Welt.

Wir erkennen, dass die durch die Menschen verursachte Umweltzerstörung den auf der Welt schon existierenden Unterschied zwischen Armen und Reichen verstärkt, da die wirtschaftlich ärmeren Länder ungleich stärker unter der Umweltzerstörung leiden. Veränderungen in der Natur zwingen viele Menschen zum Verlassen ihrer Heimat und führen zu Konkurrenzkämpfen um wichtige Rohstoffe und Wasser, bei denen erneut die Menschen der wirtschaftlich ärmeren Länder das Nachsehen haben. Die Natur ist die Lebensgrundlage *allen* Lebens. Wenn sie zerstört wird, wird damit ebenfalls der kostbare Lebensraum der Menschen zerstört, was zu neuer Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen, zu Elend und Tod führt.

Wir glauben, dass die Schöpfung Gottes gutes Werk ist (Gen 1,31a).¹² Gott, der jedes Leben schenkt und bejaht, hat dem Menschen diese Schöp-

¹¹ www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2006/09/25/a0110 [download am: 09.12.2007].

¹² Gen 1,31a: „Und Gott sah alles an, was er gemacht hatte, und sieh, es war sehr gut.“

fung anvertraut. Aus dem Vertrauen Gottes in den Menschen und dessen Gottesebenbildlichkeit erwächst für uns der Auftrag zu einer verantwortungsvollen Haushalterschaft und einem fürsorglichen Umgang mit der Schöpfung.

Wir verpflichten uns, die Natur als etwas Wertvolles, von Gott Geschaffenes anzuerkennen und sie nicht zu unserem Nutzen auszubeuten. Wir wollen Zuständen in unserer Gesellschaft, die Gottes guter Schöpfung nicht entsprechen, entgegen wirken. Umweltschutz erfordert von uns allen Investitionen, z. B. in Energieeinsparung, in die Nutzung regenerativer Energiequellen und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Wir wollen dafür eintreten, dass Agrarsubventionen nicht länger an Unternehmen fließen, die die Umwelt schädigen, Tiere leiden lassen und den Hunger in der Welt vergrößern.

Wir verpflichten uns, auch in unserem persönlichen Bereich das, was in unseren Möglichkeiten steht, zu tun, um Gottes Schöpfung zu schützen und zu erhalten. Wir wollen unseren Lebensstil und unser Konsumverhalten kritisch hinterfragen und uns aktiv für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen.

Gemeinsam auf dem Weg – einander zuhören in einem respektvollen Miteinander

Auf die Frage eines Schriftgelehrten, welches Gebot das erste von allen sei, antwortete Jesus, indem er die Tora zitierte: *„Das erste ist: Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist allein Herr, und du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Verstand und mit all deiner Kraft. Das zweite ist dieses: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Höher als diese beiden steht kein anderes Gebot“* (Mk 12,29–31).

„Ich sage in Christus die Wahrheit, ich lüge nicht, mein Gewissen bezeugt es mir im Heiligen Geist: Voll Trauer bin ich, unablässiger Schmerz macht mir das Herz schwer. Ja, ich wünschte, selber verflucht und von Christus getrennt zu sein, anstelle meiner Brüder, die zum gleichen Volk gehören, die Israeliten sind, die das Recht der Kindschaft und die Herrlichkeit und die Bundesschlüsse und die Gabe des Gesetzes und die Gottesdienstordnung und die Verheißungen haben, die die Väter haben und aus

deren Mitte seiner irdischen Herkunft nach der Christus stammt; Gott, der über allem waltet, er sei gepriesen in Ewigkeit, Amen!“ (Röm 9,1–5).

Wir erkennen, dass die multikulturelle und multireligiöse Vielfalt, in der wir leben, eine entscheidende Herausforderung für unser Zusammenleben darstellt. Unkenntnis, einseitige Meinungsbildung, Polemik, medial gesteuerter Einfluss, Vorurteile, Misstrauen und Angst führen nicht selten zur Ablehnung uns fremder Glaubensrichtungen und Religionen und damit zur Gefährdung freier Religionsausübung. Diese Freiheit aber ist Bestandteil unseres Glaubensverständnisses selbst und gehört zu Recht zum Grundbestand der Menschenrechte. Religiöse Verschiedenheiten haben oft Spannungen, Konflikte, Trennungen und gewaltsame Auseinandersetzungen zur Folge. Glaube und Religion werden zudem häufig missbraucht, um Gewalt und Kriege zu schüren und zu legitimieren.

Wir erkennen, dass der interreligiöse Dialog auf dem Weg des gerechten Friedens unbedingt notwendig ist.¹³ Zugleich ist er eine Bereicherung und Chance. Ein solcher Dialog verlangt von uns Offenheit, um Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen und Widersprüche wahrzunehmen. Er fordert von uns den Mut, kontroverse Themen und Auffassungen wechselseitig anzusprechen und die Bereitschaft, die jeweils Anderen zu hören, zu respektieren und anzunehmen.

Wir erkennen, dass der jüdisch-christliche Dialog aufgrund der gemeinsamen Wurzel dieser Religionen unverzichtbar ist. Wir erkennen, dass Christen und Christinnen häufig jüdische Glaubensinhalte als exklusiv christliche auffassen. Dies resultiert daraus, dass sie ihre Wurzel, die in der jüdischen Tradition liegt, aus Unkenntnis negieren und die christliche Tradition als Überhöhung – oder gar als Ersatz – der jüdischen verstehen. Wenn wir vom hebräischen Begriff ‚Schalom‘ ausgehen, müssen wir Israel als ersten Empfänger der Verheißung und des Liebesgebots mitdenken, nicht in einem historischen, sondern in einem geschichtlich-gegenwärtigen Sinn. Wir müssen der Beziehung Gottes zu Israel und zu allen Menschen gedenken, weil auch Gott seines Bundes gedenkt. Es ist Wesen und Auftrag

¹³ Diese Notwendigkeit gilt für den Dialog mit allen Religionen und Glaubensrichtungen, allerdings beschränken wir uns im Folgenden auf den Dialog zwischen Christentum und Judentum und den zwischen Christentum und Islam, da wir uns in unserem Seminar mit diesen auseinandergesetzt haben. Aus der Perspektive des Christentums ist das Verhältnis zu Israel von besonderer Bedeutung.

der Kirche, Begegnungen mit dem Volk Israel zu suchen, um die bleibende Verbindung zu vergegenwärtigen.

Wir erkennen, dass uns aktuell besonders stark Konflikte zwischen christlichen und muslimischen Gläubigen begegnen. Wir fühlen uns häufig in Konkurrenz zueinander und verwenden die Differenzen, um uns gegenseitig anzufeuern, anstatt Gemeinsamkeiten zu suchen und darauf aufbauend reflektierte Differenzen als konstruktiv und anregend wahrzunehmen. Solche Gemeinsamkeiten hat beispielsweise der „Offene Brief und Aufruf von religiösen Führern der Muslime an die religiösen Führer des Christentums: Ein Wort, das uns und euch gemeinsam ist“¹⁴ neu in den Vordergrund gerückt.

Wir glauben an den Einen Gott, den Barmherzigen, der uns und den Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens gemeinsam ist und uns verbindet. Wir glauben, dass dieser Eine Gott ein treuer Gott ist (Ex 32,7–14¹⁵). Diese Treue Gottes gilt *allen* Menschen. Konkurrenz zwischen den Anhängern und Anhängerinnen verschiedener Glaubensrichtungen und Ausschließlichkeitsansprüche dürfen das Verhältnis nicht bestimmen. Ein Dialog erfordert vielmehr gegenseitiges Anerkennen, jeweils auf der Grundlage des eigenen Glaubens.

Wir glauben, dass wir durch das Gebot der Nächstenliebe dazu angehalten sind, *allen* Menschen – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und bis hin zu unseren Feinden – mit Liebe zu begegnen (Mt 5,44–45a).¹⁶ Dies bedeutet, miteinander in respektvolle und gleichberechtigte Beziehungen zu treten und die Würde und Freiheit eines und einer jeden anzuerkennen. Wir glauben, dass uns der Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit

¹⁴ Siehe Anm. 2.

¹⁵ Ex 32,7.11.13f: „Da redete der HERR zu Mose: Geh, steige hinab. Denn dein Volk, das du aus dem Land Ägypten heraufgeführt hast, hat schändlich gehandelt. ... Da besänftigte Mose den HERRN, seinen Gott, und sprach: Warum, HERR, entbrennt dein Zorn gegen dein Volk, das du mit großer Kraft und mit starker Hand aus dem Land Ägypten herausgeführt hast? ... Gedenke deiner Diener Abraham, Isaak und Israel, denen du bei dir selbst geschworen und zu denen du gesagt hast: Ich will eure Nachkommen mehren wie die Sterne des Himmels, und dieses ganze Land, von dem ich gesprochen habe, will ich euren Nachkommen geben, und sie werden es für immer in Besitz nehmen. Da reute es den HERRN, dass er seinem Volk Unheil angedroht hatte.“

¹⁶ Mt 5,44–45a: „Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde, und betet für die, die euch verfolgen, so werdet ihr Söhne und Töchter eures Vaters im Himmel.“

gemeinsam ist und schöpfen daraus Hoffnung auf die gewaltfreie Lösung bestehender Konflikte und auf eine gemeinsame friedvolle Zukunft.

Wir verpflichten uns, in einen gleichberechtigten Dialog mit Menschen anderen Glaubens zu treten. Dabei geht es darum, Missverständnisse und Missinterpretationen aufzudecken und zu überwinden, Gemeinsamkeiten und Differenzen zu sehen, klar zu benennen und einander unvoreingenommen zuzuhören, mit dem festen Willen verstehen zu wollen. Dies setzt voraus, dass wir unsere eigene Position kennen und kritisch zu hinterfragen bereit sind, Vorurteile bei uns und unseren Mitmenschen aufzeigen und ihnen entgegenzutreten.

Gemeinsam auf dem Weg – dem Krieg wehren und Frieden fördern

„Und er wird für Recht sorgen zwischen den Nationen und vielen Völkern Recht sprechen. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Speere zu Winzermessern. Keine Nation wird gegen eine andere das Schwert erheben, und das Kriegshandwerk werden sie nicht mehr lernen“ (Jes 2,4).

„Um zu leuchten denen, die in Finsternis und Todesschatten sitzen, um zu lenken unsere Füße auf den Weg des Friedens“ (Lk 1,79).

Wir erkennen, dass bis auf den heutigen Tag Menschen durch militärische Gewalt ihr Leben verlieren und den Überlebenden von gewalttätig ausgetragenen Konflikten unermessliches, nicht wieder gut zu machendes Leid zugefügt wird. Dies geschieht trotz der Erfahrung zweier Weltkriege und der vielfältigen Bemühungen, bewaffnete Auseinandersetzungen künftig zu verhindern. Es ist zwar bisher gelungen, einen dritten globalen und womöglich nuklearen Krieg zu vermeiden, die Ost-West-Konfrontation zu beenden und in Europa ein größtenteils friedliches Zusammenleben der Völker auch institutionell zu sichern. Kriegsursachen und Konfliktherde bestehen aber weiterhin in vielen Teilen der Welt und haben in den vergangenen Jahrzehnten hunderte von Kriegen ausgelöst. Dabei ist zu beobachten, dass Kämpfe immer seltener unter Einsatz umfangreicher Kampfverbände ausgefochten werden, die hohe Kosten verursachen. In den Kriegen der letzten Jahrzehnte haben hochgerüstete Staaten waffentechnisch weit

unterlegenen Gegnern gegenüber gestanden. Andererseits wurden und werden von wirtschaftlich ärmeren Staaten, Kriegsherren, Rebellen und Revolutionären unter Einsatz billiger, in anderen Armeen ausgemusterter Waffen und unter Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen so genannte „neue Kriege“ geführt, die oft aus einem Staatszerfall und dem damit einhergehenden Machtvakuum herrühren. In ihnen kommt es zu einer ständigen Bedrohung der Zivilbevölkerung. Entscheidende Ursache dieser Gewaltexzesse sind die ungerechten wirtschaftlichen Verhältnisse, Armut und Perspektivlosigkeit. Da häufig kein einheitliches Interesse der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates an der Beendigung solcher Konflikte besteht, dauern sie oft Jahre und Jahrzehnte, fordern hohe Opferzahlen und zerstören langfristig die Lebensgrundlagen in den betroffenen Regionen und das Vertrauen ganzer Generationen in die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens.

Wir erkennen, dass es gegenwärtig keine international abgestimmten und mit Nachdruck verfolgten Strategien gibt, diese Konflikte und Kriege weltweit zu beenden, ihre Verletzungen und Folgen zu heilen und den Ausbruch weiterer gewaltsamer Konflikte gezielt zu verhindern. Versuche in diese Richtung werden zwar von einzelnen Staaten und Allianzen unternommen, sie scheitern jedoch häufig an gegensätzlichen Interessenlagen. Auf dem Weg zu einem weltweiten Frieden bedarf es daher eines von allen anerkannten und praktizierten internationalen Rechts, das dem Frieden und der *menschlichen* Sicherheit weltweit und nicht nur regional verpflichtet ist.

Wir erkennen, dass angesichts der Komplexität der Konfliktursachen und der mangelnden internationalen Übereinstimmung Lösungen schwer zu finden sind. Dies führt zu weit verbreiteter Resignation und vielfach zu der falschen Annahme, Kriege werde es immer geben, man müsse auf sie vorbereitet und zur Sicherung des Friedens auch zum Kampf mit der Waffe bereit sein.

Wir glauben: Gott ruft uns Menschen dazu auf, die Erde – seine Schöpfung – in Frieden und Sicherheit zu bewahren und in einem friedlichen Miteinander zu leben. Gewalt und Krieg sollen nach seinem Willen nicht sein. Im Vertrauen auf Gottes Verheißung finden wir die Kraft, Resignation angesichts verbreiteter und scheinbar unabwendbarer Gewalt zu überwinden, und die Hoffnung, an der Schaffung eines friedlichen Zusammenlebens mitwirken zu können.

Wir glauben, dass Gott auf der Seite der Opfer jeglicher Gewalt steht. Das bedeutet für Staaten und jeden einzelnen Menschen, Krieg und Gewalt aus der Perspektive der Opfer wahrzunehmen. Das Leid der Opfer darf niemals der Preis sein, der für vermeintliche Konfliktlösungen gezahlt wird. Deshalb dürfen Regierungen bei ihren Bemühungen um Frieden und Sicherheit nicht auf Herstellung und Bewahrung militärischer Stärke setzen, sondern müssen Gewaltfreiheit und Gewaltprävention durch die Entwicklung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten anstreben und auf dem Wege des internationalen Rechts, der Rechtsprechung und der Abrüstung durchsetzen. Dazu gehört der langfristige Vertrauensaufbau in internationale Institutionen.

Wir verpflichten uns, nach unseren Möglichkeiten Initiativen von Staaten, Kirchen und nichtstaatlichen Netzwerken und Organisationen zu fördern und zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, Ursachen gewaltvoller Konflikte zu erkennen und wirksam zu beseitigen. Dies gilt im Bereich der Kirchen besonders im Hinblick darauf, Christinnen und Christen zur Mitarbeit an der ökumenischen *Dekade zur Überwindung von Gewalt* zu gewinnen und deren Ziele einer Kultur der Gewaltfreiheit und der Versöhnung dauerhaft im Leben der Kirchen und Gemeinden zu verankern.

Wir verpflichten uns, Regierungen und Parlamente aufzufordern, finanzielle Aufwendungen für menschliche Sicherheit verstärkt für den Aufbau ziviler Konfliktlösungen einzusetzen und dafür auch internationale Übereinkommen anzustreben. Zur Sicherung dieser Übereinkommen und zum Schutz bedrohter Bevölkerungsgruppen gehören auch die Schaffung internationaler und nichtmilitärischer Polizeikräfte und die Förderung internationaler Zivilorganisationen zur Friedenssicherung.

Wir verpflichten uns mitzuhelfen, die Folgen von Krieg zu heilen und durch aktive Versöhnungsarbeit künftigen Konflikten den Boden zu entziehen. Auch hier sehen wir uns als Christinnen und Christen in der besonderen Verantwortung, die Arbeit unserer Kirchen in der ökumenischen Gemeinschaft und in allen Teilen der Welt tatkräftig zu unterstützen.

Wir verpflichten uns dafür einzutreten, dass auf dem Wege zur Durchsetzung der aktiven Gewaltfreiheit noch bestehende Wehrpflicht abgeschafft wird. Besonders der Einsatz von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten

Konflikten ist zu ächten und wirksam zu unterbinden. Ein solcher Einsatz ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Gemeinsam auf dem Weg – zu einer Kultur der Gewaltfreiheit

Gemeinsam wollen wir weiter gehen. Wir hoffen auf den Schalom Gottes. Nach diesem *Frieden Gottes* streben wir. Wir glauben, dass Gott diesen Frieden in der Welt will und alle Menschen dazu aufruft, für einen solchen gerechten Frieden einzutreten.

Die Erstellung dieser Friedenserklärung war ein *fortlaufender Prozess*. In ihm wurde jeder und jede von uns herausgefordert, die eigene Position im Dialog kritisch zu reflektieren. Wir erlebten unsere Diskussionen und Auseinandersetzungen als Horizont erweiternd und förderlich für die Entwicklung der eigenen Identität.

Die *Themen unserer Thesen* spiegeln die Schwerpunkte des zwei Semester umfassenden Seminars wider, das sich zunächst auf die Friedensdiskussionen im deutschen Kontext der letzten 60 Jahre bezog, um dann den Blick auf internationale Themen zu richten. Mit dem Ende des Seminars kommt auch die Formulierung unserer Friedenserklärung, die unsere Diskussionen und damit unseren derzeitigen Standpunkt abbildet, zu einem Abschluss. Viele wichtige Themen, die wir nicht behandeln konnten, stehen noch aus und bedürfen der weiteren Beschäftigung.

Beim Verfassen der Erklärung und der damit verbundenen Auseinandersetzung mit Begriffen und einzelnen Formulierungen stellten wir fest, wie selbstverständlich wir im *alltäglichen Sprachgebrauch* mit der Verwendung von Worten umgehen, ohne diese weiter zu hinterfragen. In unserem alltäglichen Sprachgebrauch wird uns häufig nicht bewusst, welche Formen von Gewalt wir implizit zum Ausdruck bringen oder gar legitimieren.

Die Einübung und Verwirklichung einer *Kultur der Gewaltfreiheit* sind unverzichtbar für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und in der Weltgemeinschaft und gehören für uns zum Weg des gerechten Friedens.

Zu dieser Kultur der Gewaltfreiheit gehören der *aktive Gewaltverzicht* in Konflikten und damit die Investition in alternative, gewaltfreie Konfliktlösungen. Viele Initiativen zur Gewaltprävention, zivile Friedensdienste und Netzwerke haben bereits erfolgreich Modelle und Kompetenzen der

gewaltfreien Konfliktlösung entwickelt, die auch in der Gesellschaft einen festen Ort gefunden haben und häufig bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen ansetzen.

Auf diesem Weg, der das Leben in gerechten Beziehungen umfasst und für *Ganzsein, Heilsein und Wohlsein* steht, soll der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unsere persönliche Handlungsgrundlage sein.

Wir wollen den Weg nun weiter gehen – in neuen Begegnungen, Auseinandersetzungen und in der Entwicklung neuer Perspektiven.

„Fügt euch nicht ins Schema in der Welt, sondern verwandelt euch durch die Erneuerung eures Sinnes, dass ihr zu prüfen vermögt, was der Wille Gottes ist: das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene“ (Röm 12,2).

Unterzeichnende:

Aline Betz

Franziska Bonk

Johannes Bucher

Gerlinde Burgert

Chang-Mi Dallat

Fernando Enns

Sonja Greiff

Lena Grimm

Günther Huland

Nadia Kamoun

Marianne Linnighäuser

Jutta Meerjanssen

Daniela Meyer

Helga Mohr

Sarah Momoh

Anne-Kathrin Peters

Elisabeth Petras

Janin Petschenig

Mathias Radtke

Mareile Rösner

Hans-Jürgen Roth

Dorothea Sabirowsky

Ulrike Schuh

Julian Sengelmann

Marianne Subklew

Stephan von Twardowski

Anne Waschulewski

Joachim Wöbke

Martina Wüstefeld